

»»»FUNKE | Interview

ASB-Chef: „Einführung der Pflegeversicherung war ein Sündenfall“

Berlin. Uwe Martin Fichtmüller, Chef des Arbeiter-Samariter-Bundes, sagt, was es bei der Rente braucht – und warum ein „Pflegegeld 2.0“ nötig ist.

Von Dominik Bath und Tobias Kisling

23.09.2025, 21:00 Uhr



Uwe Martin Fichtmüller steht seit gut fünf Jahren als Bundesgeschäftsführer an der Spitze des Arbeiter-Samariter-Bunds Deutschland.

© FUNKE Foto Services | Reto Klar

Diesen Artikel vorlesen lassen:

14:19

1x

BotTalk

Mehrere Kommissionen sollen die deutschen Sozialkassen unter die Lupe nehmen – und notwendige Reformen vorschlagen. Uwe Martin Fichtmüller, Hauptgeschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), hält davon nicht viel. Im Interview erklärt er, wie Pflege, Rente & Co. künftig organisiert werden sollten.

Herr Fichtmüller, Deutschlands Sozialkassen sind in Schieflage. Jetzt gibt es Kommissionen, die Reformen für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung vorschlagen sollen. Verlieren wir zu viel Zeit?

Uwe Martin Fichtmüller: Zeit verlieren wir unter Garantie. Meine Hauptkritik ist aber eine andere. Wofür brauchen wir eigentlich noch Kommissionen? Es liegen doch jetzt schon viel zu viele Vorschläge auf dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnisproblem. Wer die Rettung in Kommissionen und Gutachten sucht, kommt nicht weiter.

Auch interessant



»» FUNKE | Rente, Bürgergeld & Co.

Merz gegen Bas: Wie bezahlbar ist der Sozialstaat noch?

Von Theresa Martus und Dominik Bath

Was muss also passieren?

Fichtmüller: Die Themen Renten-, Pflege- und Krankenversicherung werden getrennt behandelt, auch in verschiedenen Kommissionen. Das ist ein Fehler. Ein Beispiel: Zwischen 1995 und 2025 ist das Rentenniveau in Deutschland deutlich gesunken – von rund 53 Prozent auf etwa 48 Prozent. Gleichzeitig sind die Eigenanteile für pflegebedingte Kosten kontinuierlich gestiegen, der bundesweite Durchschnitt lag in diesem Jahr zwischen 2700 und 3100 Euro. Der Sozialverband VDK rechnet sogar mit einer Absenkung des Rentenniveaus innerhalb der Jahre 2000 bis 2030 von 20 Prozent. Das führt dazu, dass viele die Pflegekosten nicht mehr bezahlen können. Wir können die Systeme nicht losgelöst betrachten. Denn alle haben das identische Problem.

LIVE ABSTIMMUNG  54 MAL ABGESTIMMT

Wie stehen Sie zu der neuen Pflegereform?

Berliner  MorgenpostOPINARY 

Nämlich?

Fichtmüller: Es sind umlagefinanzierte Systeme und sie leiden auch unter den unterfinanzierten systemfremden Leistungen, etwa der Familienversicherung in der Krankenversicherung oder die Rentenpunkte für pflegende Angehörige und die medizinische Behandlungspflege in der Pflegeversicherung. Das sind keine Leistungen, die die jeweiligen Versicherungen per Definition zu tragen haben, es sind Leistungen die durch Steuern oder andere Sozialversicherungszweige vollständig zu finanzieren sind.

Mit Blick auf die Gesetzliche Krankenversicherung hat eine Kommission jetzt die Arbeit aufgenommen. Professoren verschiedener Fachrichtungen sollen Reformvorschläge unterbreiten. Ist das der richtige Weg?

Fichtmüller: Ich werde keine Wissenschaftsschelte betreiben. Evidenzbasierte Konzepte sind wichtig. Aber wir haben schon das Gefühl, dass wir wenig bis gar nicht beteiligt werden. Und wenn wir einbezogen werden, dann fühlt es sich oftmals nach einer Pro-Forma-Beteiligung an.

Sind die Kommissionen ein Vehikel, um sich vor der Entscheidung zu drücken?

Fichtmüller: Das will ich niemandem unterstellen, aber der Eindruck könnte entstehen.

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, dass die Pflegeversicherung eine „Teilkaskoversicherung“ bleibt. Das halten Sie für falsch. Warum?

Fichtmüller: Zunächst einmal muss ich mit einem häufigen Missverständnis aufräumen: Eine Pflegevollversicherung bedeutet nicht, dass der Pflegeheimaufenthalt den Betroffenen dann nichts mehr kostet. Das ist kompletter Unsinn. Wenn jemand in einer Pflegeeinrichtung lebt, fallen natürlich Investitionskosten und auch Kosten für die Unterkunft und Verpflegung an, die man zu Hause ja auch hätte. Aber wir bräuchten eine Analogie zur Krankenversicherung, wo ja auch nahezu alle therapeutischen Behandlungen übernommen werden. Wer über 3000 Euro pflegebedingte Kosten und die Nebenkosten tragen muss, aber nur

eine Durchschnittsrente von etwa 1300 Euro bei Frauen oder 1440 Euro bei Männern bezieht, kann sich die Pflege sonst schlicht nicht leisten.

Wie könnte eine solche Pflege-Vollkaskoversicherung zu finanzieren sein, wenn die Beiträge nicht weiter steigen sollen?

Fichtmüller: Eine gerechtere Pflegeversicherung kann nicht von heute auf morgen kommen, das erwartet auch niemand. Die Umstellung des Rentensystems in Österreich hat auch über 30 Jahre gedauert, solche Reformen brauchen Zeit. Aber wir wollen mittelfristig einen Sockel-Spitze-Tausch und langfristig eine Pflegevollversicherung. Heißt: Es gibt einen maximalen Eigenanteil, den die Versicherten für die pflegebedingten Kosten tragen, alles darüber hinaus wird von der Pflegekasse abgedeckt. Jens Spahn hat in seiner Zeit als Gesundheitsminister einmal maximal 700 Euro für die pflegebedingten Kosten ins Gespräch gebracht.

Diesen Deckel bei 700 Euro fänden Sie richtig?

Fichtmüller: Die 700 Euro sind auf alle Fälle eine Größe, mit der man arbeiten kann, wenn man über eine Reform spricht. Mit dem Sockel-Spitze-Tausch ist es aber nicht getan. Als nächstes müssen alle versicherungsfremden Leistungen raus aus der Pflegeversicherung, also etwa die Kosten der Ausbildung und die Rentenpunkte für pflegende Angehörige.

Ist das nicht rechte Tasche, linke Tasche? Dann muss der Staat mehr ausgeben.

Fichtmüller: Der Staat muss endlich die Leistungen bezahlen, die er bestellt. Schauen Sie auf die Pandemie: Dort haben die Pflegekassen Corona-Hilfen in Höhe von 13 Milliarden Euro übernommen, die nicht von der Versicherungsgemeinschaft zu tragen sind. Der Staat

hat nur sieben Milliarden Euro zurückgezahlt. Das geht so nicht. Wenn ich als Staat Leistungen anbieten möchte, dann muss ich sie auch finanzieren. Im Zweifel muss man die Einnahmeseite verbessern.

Also die Beiträge noch weiter anheben?

Fichtmüller: Man kann zum Beispiel die Beitragsbemessungsgrenze neben der ohnehin vorgesehenen Dynamisierung in allen drei Versicherungsbereichen weiter anheben.

Bis 2020 mussten Kinder für die Pflege ihrer Eltern aufkommen. Jetzt gilt das nur noch, wenn sie mehr als 100.000 Euro brutto pro Jahr verdienen. Lässt sich diese Regelung angesichts der klammen Kassen halten?

Fichtmüller: 86 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden familiär zuhause versorgt. Die Pflege in Deutschland ist nach wie vor weiblich. Wer pflegt? Ehefrauen, Töchter, Schwiegertöchter. Wer an einer Demenz erkrankt, lebt oft noch sieben, acht Jahre zuhause. Die Angehörigen können nach dieser Zeit oft nicht mehr. Vor diesem Hintergrund darüber zu diskutieren, ob Angehörige mehr in die Pflicht genommen werden, finde ich moralisch fragwürdig.

Es gibt auch Vorschläge, die in genau die andere Richtung gehen: Familienministerin Karin Prien (CDU) hat ein Pflegegeld als Lohnersatz für Menschen, die ihre Angehörigen pflegen vorgeschlagen. Wäre das ein richtiger Schritt?

Fichtmüller: Auf jeden Fall. Wir brauchen ein Pflegegeld 2.0. Das muss unmittelbar an die Pflegenden ausgezahlt werden. Viele pflegende Angehörige arbeiten noch, sie brauchen diese

Unterstützung, wenn sie etwa ihre Arbeitszeit reduzieren. Aber um es klar zu sagen: Auch das wäre eine rein steuerfinanzierte Leistung.

Wie hoch sollte ein solches Pflegegeld ausgestaltet sein?

Fichtmüller: Das Pflegegeld sollte sich am Elterngeld orientieren. Warum sollte es einen Unterschied machen, ob ich ein Kleinkind oder eine hochaltrige pflegebedürftige Familienangehörige betreue?

Wie lange muss man eigentlich beim ASB gerade auf einen Heimplatz warten?

Fichtmüller: Da gibt es keinen statistischen Mittelwert. Aber klar ist: Die Versorgungssituation ist ausgesprochen schwierig, auf Wartelisten steht man manchmal über ein Jahr.

Wie kann man mehr Kapazitäten schaffen?

Fichtmüller: Die Frage ist, ob uns mehr Heimkapazitäten tatsächlich nützen. Der Arbeitskräftemangel ist jetzt schon groß und wird sich weiter verschärfen. Wo sollen wir das Personal hernehmen?

Was ist denn die Alternative?

Fichtmüller: Die Einführung der Pflegeversicherung war mit Blick auf die regionale Infrastrukturplanung und -steuerung ein

Sündenfall. Bis 1995 gab es noch die kommunale Altenhilfeplanung. Die Kommune oder das Land mussten dann sicherstellen, dass es ausreichend Angebote gibt – ähnlich wie bei der Krankenhausplanung. Man müsste den Kontrahierungszwang auflösen – die Pflegekasse würde dann nur noch die Einrichtungen und Dienste zulassen, die in der regionalen Infrastrukturplanung vorgesehen wären., die Kommunen wären stärker in der Pflicht im Sinne einer bedarfsgerechten Angebotssteuerung.. Aber wir werden auch nicht alles über professionelle Pflege abbilden können. Wir brauchen dringend eine Entbürokratisierung und müssen zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in der Betreuung einbringen, stärken.

Wenn Menschen länger in ihren eigenen vier Wänden wohnen sollen: Was muss sich ändern?

Fichtmüller: Wir brauchen einen Mentalitätswechsel. Menschen ab einem gewissen Alter sollten präventiv für sich überprüfen, ob sie in ihrer bisherigen Wohnung auch noch mit 80 oder 85 Jahren leben können. Heute ist es oftmals so, dass viele einfach dort bleiben, wo sie sind, obwohl das eigene zu Hause weder barrierefrei ist noch einen Fahrstuhl hat. Auf der anderen Seite muss dann natürlich auch das Angebot stimmen und das ist leider in angespannten Wohnungsmärkten wie [Berlin](#), Frankfurt am Main, München oder Hamburg oftmals begrenzt.

Auch die Rentenversicherung ist eine Baustelle. Sie haben eine Erwerbstätigenversicherung vorgeschlagen. Wer sollte da einzahlen?

Fichtmüller: Wir müssen die Einnahmenbasis für die Rentenkassen verbreitern. [Österreich](#) zum Beispiel hat erst die Abgeordneten in die Rentenversicherung integriert und später auch das Sonderversorgungssystem für Beamte abgeschafft. Mittlerweile geht

die Zahl der Beamten dort zurück. Aus meiner Sicht wären solche Schritte auch in Deutschland das richtige Symbol, auch, wenn es nicht heute oder morgen zu essenziellen Entlastungen führen würde, sondern wahrscheinlich erst mittel- und langfristig.

Klingt nach Symbolpolitik.

Fichtmüller: Politik ist immer auch symbolbehaftet. Abgeordnete und Beamte in die Rentenversicherung einzahlen zu lassen, wäre ein Zeichen gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität. Heute muss ein Mensch, der 45 Jahre lang Beiträge und Steuern gezahlt hat, Leistungskürzungen bei der Rente hinnehmen und gleichzeitig akzeptieren, dass diejenigen, die aus seinen Steuergeldern finanziert werden, finanziell erheblich besser gestellt sind als er selbst. Nehmen Sie einen verbeamteten Lehrer und einen im Angestelltenverhältnis: Der Lehrer mit Beamtenstatus hat fast den doppelten Pensionsanspruch wie derjenige, der angestellt ist. Wo ist da die Legitimation?

Das Umlagesystem an sich stellen Sie aber nicht infrage?

Fichtmüller: Nein. Es ist historisch und weltweit betrachtet das erfolgreichste System. Ich habe aber nichts gegen ergänzende

Elemente wie kapitalgedeckte Zusatzbausteine, auch gerne mit steuerlichen Anreizen für die Altersvorsorgenden.

Zur Person: Uwe Martin Fichtmüller

Uwe Martin Fichtmüller ist seit Oktober 2020 Bundesgeschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland. Zuvor leitete der 60-Jährige 16 Jahre lang den ASB-Landesverband Sachsen, nachdem er bereits elf Jahre lang beim Paritätischen Landesverband Sachsen tätig gewesen ist, zuletzt als stellvertretender Geschäftsführer. Der promovierte Gerontologe ist auch heute noch Mitglied des Verbandsrates des Paritätischen Gesamtverbands. Der ASB Deutschland zählt bundesweit rund 1,5 Millionen Mitglieder und 50.000 Beschäftigte, 20.160 davon im Bereich Pflege, wo der ASB rund 700 Pflegeeinrichtungen betreibt. Zudem engagieren sich 20.000 Menschen ehrenamtlich im ASB.